

Prova INF_I

Scuola dell'infanzia

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - "Sviluppare l'autonomia significa avere fiducia in sé e fidarsi degli altri; provare soddisfazione nel fare da sé e saper chiedere aiuto o poter esprimere insoddisfazione e frustrazione elaborando progressivamente risposte e strategie; esprimere sentimenti ed emozioni; partecipare alle decisioni esprimendo opinioni, imparando ad operare scelte e ad assumere comportamenti e atteggiamenti sempre più consapevoli" (Indicazioni Nazionali).

Il/la candidato/a:

- commenti l'affermazione sopra citata e identifichi la sua collocazione nelle Indicazioni Nazionali
- descriva una attività educativa che abbia come obiettivo l'autonomia dei bambini specificando l'età a cui è rivolta, gli obiettivi, la metodologia, le modalità di documentazione e valutazione.

Quesito 2 - In una sezione eterogenea è stato inserito un bambino di quattro anni che ha appena raggiunto i suoi genitori immigrati in Italia e che sta imparando l'italiano. Il/la candidato/a illustri, facendo riferimento agli studi in questo ambito e attraverso alcuni esempi, quali strategie di accoglienza si potrebbero mettere in atto a livello di sezione per favorire il processo di ambientamento e di socializzazione con i pari.

Quesito 3 - Uno dei traguardi per lo sviluppo delle competenze nella scuola dell'infanzia relativo al campo di esperienza "Il corpo e il movimento" è il seguente: "riconosce il proprio corpo, le sue diverse parti e rappresenta il corpo fermo e in movimento (Indicazioni Nazionali)". Il/la candidato/a:

- discuta tale affermazione alla luce degli studi in questo ambito;
- descriva un'attività didattica per una specifica sezione finalizzata al raggiungimento di questi obiettivi.

Quesito 4 - "La pratica della documentazione va intesa come processo che produce tracce, memoria e riflessione, negli adulti e nei bambini, rendendo visibili le modalità e i percorsi di formazione e permettendo di apprezzare i progressi dell'apprendimento individuale e di gruppo" (Indicazioni Nazionali).

Il/la candidato/a:

- argomenti tale affermazione alla luce degli studi in questo ambito;
- descriva, facendo riferimento a un campo di esperienza, un esempio di documentazione per rendere visibili gli apprendimenti dei bambini in una sezione eterogenea.

Quesito 5 - La scuola dell'infanzia aiuta a familiarizzare con l'esperienza della multimedialità (la fotografia, il cinema, la televisione, il digitale), favorendo un contatto attivo con i "media" e la ricerca delle loro possibilità espressive, conoscitive e creative. Il/la candidato/a descriva come imposterebbe un'attività didattica con bambini di 5 anni utilizzando testi digitali esplicitando le ragioni teoriche delle scelte operate, gli obiettivi e le metodologie.

Quesito 6 - I bambini esplorano la realtà imparando a organizzare le proprie esperienze attraverso azioni consapevoli come raggruppare, comparare, contare, orientarsi, ordinare. Il/la candidato/a:

- argomenti questa affermazione facendo riferimento alle Indicazioni Nazionali;
- illustri un'attività per sostenere queste competenze trasversali con bambini di 5 anni specificando: obiettivi, metodologie, modalità di documentazione e valutazione.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Umfassende Förderung der Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung

Die Schüler erhalten nicht nur im Klassenzimmer staatsbürgerliche Erziehung, sondern auch im Zuge informellen Lernens. Bürgererziehung ist deshalb wirksamer, wenn sie durch ein Schulumfeld unterstützt wird, das den Schülern die Möglichkeit bietet, durch Aktionen reale Erfahrungen mit den Werten und Grundsätzen eines demokratischen Prozesses zu sammeln. Alle Länder haben eine Form der Regulierung eingeführt, um die Schülerbeteiligung an der Schulverwaltung zu fördern, sei es in Form von Klassensprechern, Schülerräten oder einer Schülervertretung als Teil der Schulleitung. Je höher die Bildungsstufe ist, desto häufiger sind Regelungen zu finden, die die Beteiligung der Schüler am Schulbetrieb ermöglichen. Demokratische Kultur und Prozesse in Schulen werden auch durch Regelungen und Empfehlungen für die Einbeziehung der Eltern in die Schulverwaltung gefördert. Mit Ausnahme von Zypern, Schweden und der Türkei haben alle Länder entsprechende Maßnahmen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich eingeführt.

Abgesehen von Regelungen und Empfehlungen gibt etwa ein Drittel der Länder an, nationale Schulungsprogramme eingeführt zu haben, um die Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung und ihre diesbezüglichen Kompetenzen zu fördern. Darüber hinaus wird in einer knappen Mehrheit der Länder im Rahmen der externen Schulbewertung jetzt das Thema der Schulverwaltung berücksichtigt, wobei beispielsweise der Umfang der Mitwirkung von Schülern, Eltern und Lehrern an den verschiedenen Entscheidungs- und Konsultationsgremien auf Schulebene überprüft wird.

Belege für eine eindeutige Beziehung zwischen einerseits dem Vorliegen formaler Regelungen und offizieller Empfehlungen zur Einbeziehung von Schülern und andererseits dem Umfang der Schülerbeteiligung bei Wahlen an Schulen nach der Bewertung im Rahmen der International Civics and Citizenship Education Study (ICCS) aus dem Jahr 2009 können anhand der vorliegenden Informationen nicht ermittelt werden. Beispiele für starke und schwache Vereinigungen finden sich in allen europäischen Ländern.

Aus: Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 13. URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Aus dem Bericht geht hervor, dass ...

- a) ... Schüleraktionen oft ins Leere laufen.
- b) ... Lernen durch Handeln bessere Staatsbürgerinnen und Staatsbürger heranbildet.
- c) ... staatsbürgerlicher Unterricht das beste Mittel zur Demokratieerziehung darstellt.
- d) ... die Fähigkeit zu politischem Handeln im Elternhaus gefördert werden muss.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Umfassende Förderung der Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung

Die Schüler erhalten nicht nur im Klassenzimmer staatsbürgerliche Erziehung, sondern auch im Zuge informellen Lernens. Bürgererziehung ist deshalb wirksamer, wenn sie durch ein Schulumfeld unterstützt wird, das den Schülern die Möglichkeit bietet, durch Aktionen reale Erfahrungen mit den Werten und Grundsätzen eines demokratischen Prozesses zu sammeln. Alle Länder haben eine Form der Regulierung eingeführt, um die Schülerbeteiligung an der Schulverwaltung zu fördern, sei es in Form von Klassensprechern, Schülerräten oder einer Schülervertretung als Teil der Schulleitung. Je höher die Bildungsstufe ist, desto häufiger sind Regelungen zu finden, die die Beteiligung der Schüler am Schulbetrieb ermöglichen. Demokratische Kultur und Prozesse in Schulen werden auch durch Regelungen und Empfehlungen für die Einbeziehung der Eltern in die

Schulverwaltung gefördert. Mit Ausnahme von Zypern, Schweden und der Türkei haben alle Länder entsprechende Maßnahmen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich eingeführt.

Abgesehen von Regelungen und Empfehlungen gibt etwa ein Drittel der Länder an, nationale Schulungsprogramme eingeführt zu haben, um die Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung und ihre diesbezüglichen Kompetenzen zu fördern. Darüber hinaus wird in einer knappen Mehrheit der Länder im Rahmen der externen Schulbewertung jetzt das Thema der Schulverwaltung berücksichtigt, wobei beispielsweise der Umfang der Mitwirkung von Schülern, Eltern und Lehrern an den verschiedenen Entscheidungs- und Konsultationsgremien auf Schulebene überprüft wird.

Belege für eine eindeutige Beziehung zwischen einerseits dem Vorliegen formaler Regelungen und offizieller Empfehlungen zur Einbeziehung von Schülern und andererseits dem Umfang der Schülerbeteiligung bei Wahlen an Schulen nach der Bewertung im Rahmen der International Civics and Citizenship Education Study (ICCS) aus dem Jahr 2009 können anhand der vorliegenden Informationen nicht ermittelt werden. Beispiele für starke und schwache Vereinigungen finden sich in allen europäischen Ländern.

Aus: Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 13. URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Auf welche Weise bieten die Schulen den Jugendlichen die Möglichkeit, aus Erfahrung zu lernen?

- a) Schülerinnen und Schüler erhalten Informationsmaterial über die Schulorganisation.
- b) Schülerinnen und Schüler dürfen sich ihre Fächer selbst zusammenstellen.
- c) Schülerinnen und Schüler arbeiten aktiv im Unterricht mit.
- d) Schülerinnen und Schüler werden an der Schulverwaltung beteiligt.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Umfassende Förderung der Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung

Die Schüler erhalten nicht nur im Klassenzimmer staatsbürgerliche Erziehung, sondern auch im Zuge informellen Lernens. Bürgererziehung ist deshalb wirksamer, wenn sie durch ein Schulumfeld unterstützt wird, das den Schülern die Möglichkeit bietet, durch Aktionen reale Erfahrungen mit den Werten und Grundsätzen eines demokratischen Prozesses zu sammeln. Alle Länder haben eine Form der Regulierung eingeführt, um die Schülerbeteiligung an der Schulverwaltung zu fördern, sei es in Form von Klassensprechern, Schülerräten oder einer Schülervertretung als Teil der Schulleitung. Je höher die Bildungsstufe ist, desto häufiger sind Regelungen zu finden, die die Beteiligung der Schüler am Schulbetrieb ermöglichen. Demokratische Kultur und Prozesse in Schulen werden auch durch Regelungen und Empfehlungen für die Einbeziehung der Eltern in die Schulverwaltung gefördert. Mit Ausnahme von Zypern, Schweden und der Türkei haben alle Länder entsprechende Maßnahmen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich eingeführt.

Abgesehen von Regelungen und Empfehlungen gibt etwa ein Drittel der Länder an, nationale Schulungsprogramme eingeführt zu haben, um die Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung und ihre diesbezüglichen Kompetenzen zu fördern. Darüber hinaus wird in einer knappen Mehrheit der Länder im Rahmen der externen Schulbewertung jetzt das Thema der Schulverwaltung berücksichtigt, wobei beispielsweise der Umfang der Mitwirkung von Schülern, Eltern und Lehrern an den verschiedenen Entscheidungs- und Konsultationsgremien auf Schulebene überprüft wird.

Belege für eine eindeutige Beziehung zwischen einerseits dem Vorliegen formaler Regelungen und offizieller Empfehlungen zur Einbeziehung von Schülern und andererseits dem Umfang der Schülerbeteiligung bei Wahlen an Schulen nach der Bewertung im Rahmen der International Civics and Citizenship Education Study (ICCS) aus dem Jahr 2009 können anhand der vorliegenden Informationen nicht ermittelt werden. Beispiele für starke und schwache Vereinigungen finden sich in allen europäischen Ländern.

Aus: Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 13. URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Welches Prinzip scheint in den europäischen Ländern für die Beteiligung der Jugendlichen an der schulischen Mitverwaltung zu gelten?

- a) Je weiter oben sie im Bildungssystem angekommen sind, umso mehr traut man ihnen aktive Mitarbeit zu.
- b) Je früher man mit der staatsbürgerlichen Erziehung beginnt, umso mehr aktive WählerInnen hat man später.
- c) Je leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler sind, umso größer ist ihr politisches Engagement.
- d) Gute SchülerInnen, gute PolitikerInnen.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Umfassende Förderung der Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung

Die Schüler erhalten nicht nur im Klassenzimmer staatsbürgerliche Erziehung, sondern auch im Zuge informellen Lernens. Bürgererziehung ist deshalb wirksamer, wenn sie durch ein Schulumfeld unterstützt wird, das den Schülern die Möglichkeit bietet, durch Aktionen reale Erfahrungen mit den Werten und Grundsätzen eines demokratischen Prozesses zu sammeln. Alle Länder haben eine Form der Regulierung eingeführt, um die Schülerbeteiligung an der Schulverwaltung zu fördern, sei es in Form von Klassensprechern, Schülerräten oder einer Schülervertretung als Teil der Schulleitung. Je höher die Bildungsstufe ist, desto häufiger sind Regelungen zu finden, die die Beteiligung der Schüler am Schulbetrieb ermöglichen. Demokratische Kultur und Prozesse in Schulen werden auch durch Regelungen und Empfehlungen für die Einbeziehung der Eltern in die Schulverwaltung gefördert. Mit Ausnahme von Zypern, Schweden und der Türkei haben alle Länder entsprechende Maßnahmen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich eingeführt.

Abgesehen von Regelungen und Empfehlungen gibt etwa ein Drittel der Länder an, nationale Schulungsprogramme eingeführt zu haben, um die Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung und ihre diesbezüglichen Kompetenzen zu fördern. Darüber hinaus wird in einer knappen Mehrheit der Länder im Rahmen der externen Schulbewertung jetzt das Thema der Schulverwaltung berücksichtigt, wobei beispielsweise der Umfang der Mitwirkung von Schülern, Eltern und Lehrern an den verschiedenen Entscheidungs- und Konsultationsgremien auf Schulebene überprüft wird.

Belege für eine eindeutige Beziehung zwischen einerseits dem Vorliegen formaler Regelungen und offizieller Empfehlungen zur Einbeziehung von Schülern und andererseits dem Umfang der Schülerbeteiligung bei Wahlen an Schulen nach der Bewertung im Rahmen der International Civics and Citizenship Education Study (ICCS) aus dem Jahr 2009 können anhand der vorliegenden Informationen nicht ermittelt werden. Beispiele für starke und schwache Vereinigungen finden sich in allen europäischen Ländern.

Aus: Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 13. URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Wie bereiten einzelne Länder die Jugendlichen für Aufgaben in der Schulverwaltung vor?

- a) Sie organisieren Abendkurse zur Einführung in die politische Bildung.
- b) Sie bieten Schulung für Schülerinnen und Schüler sowie für deren Eltern an.
- c) Sie integrieren Verwaltungslehre in die Fächertafel der Schulen.

- d) Sie informieren an den Schulen über die Praxis in anderen Ländern.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Umfassende Förderung der Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung

Die Schüler erhalten nicht nur im Klassenzimmer staatsbürgerliche Erziehung, sondern auch im Zuge informellen Lernens. Bürgererziehung ist deshalb wirksamer, wenn sie durch ein Schulumfeld unterstützt wird, das den Schülern die Möglichkeit bietet, durch Aktionen reale Erfahrungen mit den Werten und Grundsätzen eines demokratischen Prozesses zu sammeln. Alle Länder haben eine Form der Regulierung eingeführt, um die Schülerbeteiligung an der Schulverwaltung zu fördern, sei es in Form von Klassensprechern, Schülerräten oder einer Schülervertretung als Teil der Schulleitung. Je höher die Bildungsstufe ist, desto häufiger sind Regelungen zu finden, die die Beteiligung der Schüler am Schulbetrieb ermöglichen. Demokratische Kultur und Prozesse in Schulen werden auch durch Regelungen und Empfehlungen für die Einbeziehung der Eltern in die Schulverwaltung gefördert. Mit Ausnahme von Zypern, Schweden und der Türkei haben alle Länder entsprechende Maßnahmen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich eingeführt.

Abgesehen von Regelungen und Empfehlungen gibt etwa ein Drittel der Länder an, nationale Schulungsprogramme eingeführt zu haben, um die Beteiligung von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung und ihre diesbezüglichen Kompetenzen zu fördern. Darüber hinaus wird in einer knappen Mehrheit der Länder im Rahmen der externen Schulbewertung jetzt das Thema der Schulverwaltung berücksichtigt, wobei beispielsweise der Umfang der Mitwirkung von Schülern, Eltern und Lehrern an den verschiedenen Entscheidungs- und Konsultationsgremien auf Schulebene überprüft wird.

Belege für eine eindeutige Beziehung zwischen einerseits dem Vorliegen formaler Regelungen und offizieller Empfehlungen zur Einbeziehung von Schülern und andererseits dem Umfang der Schülerbeteiligung bei Wahlen an Schulen nach der Bewertung im Rahmen der International Civics and Citizenship Education Study (ICCS) aus dem Jahr 2009 können anhand der vorliegenden Informationen nicht ermittelt werden. Beispiele für starke und schwache Vereinigungen finden sich in allen europäischen Ländern.

Aus: Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 13. URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Welche Auswirkungen haben Regelungen und offizielle Empfehlungen auf die Bereitschaft der Jugendlichen, sich aktiv an der Schulverwaltung zu beteiligen?

- a) Wenn die schulische Mitverwaltung gut geregelt ist, beteiligen sich Schülerinnen und Schüler aktiver am schulpolitischen Leben.
- b) Schülerinnen und Schüler gehen und stellen sich vor allem dann zur Wahl, wenn es offizielle Empfehlungen zur Förderung der staatsbürgerlichen Aktivität gibt.
- c) Es gibt keine zuverlässigen Daten über einen Zusammenhang zwischen formalen Rahmenbedingungen und jugendlichem Engagement.
- d) Man hat genaue Erkenntnisse über einen positiven Zusammenhang von strukturellen Vorgaben und Bereitschaft zu politischer Aktion.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der 1959 gegründet wurde, ist das Rechtsorgan, das allen im Hoheitsbereich des jeweiligen Vertragsstaates lebenden Personen die Rechte garantiert, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthalten sind. Es gibt seit dem 1. November 1998 einen einzigen Gerichtshof, der seinen ständigen Sitz in Straßburg (Frankreich) hat.

Die Anzahl der Richter am Gerichtshof entspricht der Zahl der Vertragsparteien zur Konvention. Die Richter sind vollkommen unabhängig, vertreten nicht ihr Land und werden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt.

In den 50 Jahren seines Bestehens hat der Gerichtshof über 10.000 Urteile gesprochen. Diese Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und fordern von diesen, die Folgen der Verletzungen für die Beschwerdeführer zu beseitigen und ihre Gesetzgebung und Praktiken in zahlreichen Bereichen zu ändern. Das Ministerkomitee überwacht die Umsetzung der Urteile. Die Konvention entwickelt sich durch die Rechtssprechung des Gerichtshofs als lebendiges Instrument weiter, damit es neuen Herausforderungen gerecht wird, und dient als Motor für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in ganz Europa.

Aufgrund der erheblichen Zunahme der beim Gerichtshof eingereichten Fälle werden gegenwärtig mehrere Reformen durchgeführt. Ein großer Reformprozess, der die Effektivität des Gerichtshofs gewährleisten soll, wurde im Juni 2010 eingeleitet.

Urteil

Ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über die Begründetheit eines Falls, mit anderen Worten, einer tatsächlichen Beschwerde. Ein Urteil sollte nicht verwechselt werden mit einer...

... Entscheidung

Eine Entscheidung des Gerichtshofs bezüglich der Zulässigkeit einer Beschwerde. Mit der Entscheidung bestätigt der Gerichtshof, dass alle Auflagen erfüllt wurden.

Klage oder Fall

Rechtsstreit, der vor dem Gerichtshof entschieden wird.

Beschwerde

Der Grund für eine Klage. Beschwerden werden geprüft, wenn der Gerichtshof sich mit der Begründetheit einer Klage befasst.

Unzulässig

Klage, die unbegründet oder nicht ausreichend begründet ist und für unzulässig erklärt und abgewiesen wird.

Aus: Europarat. Europäische Menschenrechtskommission (Hrsg.): Rechte und Freiheiten in der Praxis.

Lehrmaterial, S. 7. 10976DEU1270_fiches_pedagogiques_DH_DE.pdf. URL:

**http://www.europabuero.info/tipps_details.php?los=0&scr1=&scr2=&scr3=&cont_id=36&p_nr=1
[19.04.2016]**

Welches ist die Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte?

- a) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Aufgabe, allen Menschen, die in einem der ihm vertraglich zugeordneten Länder leben, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthaltenen Rechte zu gewährleisten.
- b) Die Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte besteht darin, dass er für alle Bürgerinnen und Bürger Europas im Sinne der Europäischen Menschenrechtskommission Recht spricht.
- c) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte muss allen Menschen die Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention garantieren.
- d) Der Europäische Gerichtshof hat die Aufgabe, die Rechtssprechung in seinen Vertragsstaaten in Hinblick auf die Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskommission zu überprüfen.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der 1959 gegründet wurde, ist das Rechtsorgan, das allen im Hoheitsbereich des jeweiligen Vertragsstaates lebenden Personen die Rechte garantiert, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthalten sind. Es gibt seit dem 1. November 1998 einen einzigen Gerichtshof, der seinen ständigen Sitz in Straßburg (Frankreich) hat.

Die Anzahl der Richter am Gerichtshof entspricht der Zahl der Vertragsparteien zur Konvention. Die Richter sind vollkommen unabhängig, vertreten nicht ihr Land und werden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt.

In den 50 Jahren seines Bestehens hat der Gerichtshof über 10.000 Urteile gesprochen. Diese Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und fordern von diesen, die Folgen der Verletzungen für die Beschwerdeführer zu beseitigen und ihre Gesetzgebung und Praktiken in zahlreichen Bereichen zu ändern. Das Ministerkomitee überwacht die Umsetzung der Urteile. Die Konvention entwickelt sich durch die Rechtssprechung des Gerichtshofs als lebendiges Instrument weiter, damit es neuen Herausforderungen gerecht wird, und dient als Motor für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in ganz Europa.

Aufgrund der erheblichen Zunahme der beim Gerichtshof eingereichten Fälle werden gegenwärtig mehrere Reformen durchgeführt. Ein großer Reformprozess, der die Effektivität des Gerichtshofs gewährleisten soll, wurde im Juni 2010 eingeleitet.

Urteil

Ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über die Begründetheit eines Falls, mit anderen Worten, einer tatsächlichen Beschwerde. Ein Urteil sollte nicht verwechselt werden mit einer...

... Entscheidung

Eine Entscheidung des Gerichtshofs bezüglich der Zulässigkeit einer Beschwerde. Mit der Entscheidung bestätigt der Gerichtshof, dass alle Auflagen erfüllt wurden.

Klage oder Fall

Rechtsstreit, der vor dem Gerichtshof entschieden wird.

Beschwerde

Der Grund für eine Klage. Beschwerden werden geprüft, wenn der Gerichtshof sich mit der Begründetheit einer Klage befasst.

Unzulässig

Klage, die unbegründet oder nicht ausreichend begründet ist und für unzulässig erklärt und abgewiesen wird.

Aus: Europarat. Europäische Menschenrechtskommission (Hrsg.): Rechte und Freiheiten in der Praxis. Lehrmaterial, S. 7. 10976DEU1270_fiches_pedagogiques_DH_DE.pdf. URL: http://www.europabuero.info/tipps_details.php?los=0&scr1=&scr2=&scr3=&cont_id=36&p_nr=1 [19.04.2016]

Wie viele Richter/Richterinnen sind am Europäischen Gerichtshof vertreten?

- a) Nur Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien haben das Recht, einen Richter/ eine Richterin an den Europäischen Gerichtshof zu senden.
- b) Am Europäischen Gerichtshof gibt es so viele Richter/Richterinnen, wie es Vertragsparteien gibt.

- c) Am Europäischen Gerichtshof gibt es eine feste Anzahl Richter/Richterinnen, die nicht geändert werden kann.
- d) Am Europäischen Gerichtshof gibt es für jedes europäische Land einen Richter oder eine Richterin.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der 1959 gegründet wurde, ist das Rechtsorgan, das allen im Hoheitsbereich des jeweiligen Vertragsstaates lebenden Personen die Rechte garantiert, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthalten sind. Es gibt seit dem 1. November 1998 einen einzigen Gerichtshof, der seinen ständigen Sitz in Straßburg (Frankreich) hat.

Die Anzahl der Richter am Gerichtshof entspricht der Zahl der Vertragsparteien zur Konvention. Die Richter sind vollkommen unabhängig, vertreten nicht ihr Land und werden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt.

In den 50 Jahren seines Bestehens hat der Gerichtshof über 10.000 Urteile gesprochen. Diese Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und fordern von diesen, die Folgen der Verletzungen für die Beschwerdeführer zu beseitigen und ihre Gesetzgebung und Praktiken in zahlreichen Bereichen zu ändern. Das Ministerkomitee überwacht die Umsetzung der Urteile. Die Konvention entwickelt sich durch die Rechtssprechung des Gerichtshofs als lebendiges Instrument weiter, damit es neuen Herausforderungen gerecht wird, und dient als Motor für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in ganz Europa.

Aufgrund der erheblichen Zunahme der beim Gerichtshof eingereichten Fälle werden gegenwärtig mehrere Reformen durchgeführt. Ein großer Reformprozess, der die Effektivität des Gerichtshofs gewährleisten soll, wurde im Juni 2010 eingeleitet.

Urteil

Ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über die Begründetheit eines Falls, mit anderen Worten, einer tatsächlichen Beschwerde. Ein Urteil sollte nicht verwechselt werden mit einer...

... Entscheidung

Eine Entscheidung des Gerichtshofs bezüglich der Zulässigkeit einer Beschwerde. Mit der Entscheidung bestätigt der Gerichtshof, dass alle Auflagen erfüllt wurden.

Klage oder Fall

Rechtsstreit, der vor dem Gerichtshof entschieden wird.

Beschwerde

Der Grund für eine Klage. Beschwerden werden geprüft, wenn der Gerichtshof sich mit der Begründetheit einer Klage befasst.

Unzulässig

Klage, die unbegründet oder nicht ausreichend begründet ist und für unzulässig erklärt und abgewiesen wird.

Aus: Europarat. Europäische Menschenrechtskommission (Hrsg.): Rechte und Freiheiten in der Praxis. Lehrmaterial, S. 7. 10976DEU1270_fiches_pedagogiques_DH_DE.pdf. URL: http://www.europabuero.info/tipps_details.php?los=0&scr1=&scr2=&scr3=&cont_id=36&p_nr=1 [19.04.2016]

Welchen Status haben die Richter am Europäischen Gerichtshof?

- a) Sie werden von ihren Ländern delegiert und haben deren Interessen zu vertreten.
- b) Sie werden nach Proporz ausgewählt und haben sich an die Richtlinien der Europäischen Kommission zu halten.
- c) Sie werden in nationalen Wahlen bestimmt und vertreten die Positionen ihrer Staatsregierung.
- d) Sie werden vom Europäischen Parlament gewählt und sind nur ihrer Funktion als Richter verpflichtet.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der 1959 gegründet wurde, ist das Rechtsorgan, das allen im Hoheitsbereich des jeweiligen Vertragsstaates lebenden Personen die Rechte garantiert, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthalten sind. Es gibt seit dem 1. November 1998 einen einzigen Gerichtshof, der seinen ständigen Sitz in Straßburg (Frankreich) hat.

Die Anzahl der Richter am Gerichtshof entspricht der Zahl der Vertragsparteien zur Konvention. Die Richter sind vollkommen unabhängig, vertreten nicht ihr Land und werden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt.

In den 50 Jahren seines Bestehens hat der Gerichtshof über 10.000 Urteile gesprochen. Diese Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und fordern von diesen, die Folgen der Verletzungen für die Beschwerdeführer zu beseitigen und ihre Gesetzgebung und Praktiken in zahlreichen Bereichen zu ändern. Das Ministerkomitee überwacht die Umsetzung der Urteile. Die Konvention entwickelt sich durch die Rechtssprechung des Gerichtshofs als lebendiges Instrument weiter, damit es neuen Herausforderungen gerecht wird, und dient als Motor für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in ganz Europa.

Aufgrund der erheblichen Zunahme der beim Gerichtshof eingereichten Fälle werden gegenwärtig mehrere Reformen durchgeführt. Ein großer Reformprozess, der die Effektivität des Gerichtshofs gewährleisten soll, wurde im Juni 2010 eingeleitet.

Urteil

Ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über die Begründetheit eines Falls, mit anderen Worten, einer tatsächlichen Beschwerde. Ein Urteil sollte nicht verwechselt werden mit einer...

... Entscheidung

Eine Entscheidung des Gerichtshofs bezüglich der Zulässigkeit einer Beschwerde. Mit der Entscheidung bestätigt der Gerichtshof, dass alle Auflagen erfüllt wurden.

Klage oder Fall

Rechtsstreit, der vor dem Gerichtshof entschieden wird.

Beschwerde

Der Grund für eine Klage. Beschwerden werden geprüft, wenn der Gerichtshof sich mit der Begründetheit einer Klage befasst.

Unzulässig

Klage, die unbegründet oder nicht ausreichend begründet ist und für unzulässig erklärt und abgewiesen wird.

Aus: Europarat. Europäische Menschenrechtskommission (Hrsg.): Rechte und Freiheiten in der Praxis. Lehrmaterial, S. 7. 10976DEU1270_fiches_pedagogiques_DH_DE.pdf. URL: http://www.europabuero.info/tipps_details.php?los=0&scr1=&scr2=&scr3=&cont_id=36&p_nr=1 [19.04.2016]

Welche Konsequenzen haben die Urteile, die vom Europäischen Gerichtshof gesprochen wurden?

- a) In den betroffenen Staaten wird der Prozess neu aufgerollt.
- b) Die betroffenen Staaten sind frei, das Urteil zu vollstrecken und ihre Gesetze und Vollzugsmaßnahmen anzupassen.
- c) Die betroffenen Staaten können darauf verzichten, sich um die Folgen der Verletzungen für die Beschwerdeführer zu kümmern.
- d) Die betroffenen Staaten müssen das Urteil vollstrecken und, falls nötig, ihre Gesetze und die Maßnahmen zu deren Vollstreckung ändern.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der 1959 gegründet wurde, ist das Rechtsorgan, das allen im Hoheitsbereich des jeweiligen Vertragsstaates lebenden Personen die Rechte garantiert, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthalten sind. Es gibt seit dem 1. November 1998 einen einzigen Gerichtshof, der seinen ständigen Sitz in Straßburg (Frankreich) hat.

Die Anzahl der Richter am Gerichtshof entspricht der Zahl der Vertragsparteien zur Konvention. Die Richter sind vollkommen unabhängig, vertreten nicht ihr Land und werden von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt.

In den 50 Jahren seines Bestehens hat der Gerichtshof über 10.000 Urteile gesprochen. Diese Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und fordern von diesen, die Folgen der Verletzungen für die Beschwerdeführer zu beseitigen und ihre Gesetzgebung und Praktiken in zahlreichen Bereichen zu ändern. Das Ministerkomitee überwacht die Umsetzung der Urteile. Die Konvention entwickelt sich durch die Rechtssprechung des Gerichtshofs als lebendiges Instrument weiter, damit es neuen Herausforderungen gerecht wird, und dient als Motor für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in ganz Europa.

Aufgrund der erheblichen Zunahme der beim Gerichtshof eingereichten Fälle werden gegenwärtig mehrere Reformen durchgeführt. Ein großer Reformprozess, der die Effektivität des Gerichtshofs gewährleisten soll, wurde im Juni 2010 eingeleitet.

Urteil

Ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über die Begründetheit eines Falls, mit anderen Worten, einer tatsächlichen Beschwerde. Ein Urteil sollte nicht verwechselt werden mit einer...

... Entscheidung

Eine Entscheidung des Gerichtshofs bezüglich der Zulässigkeit einer Beschwerde. Mit der Entscheidung bestätigt der Gerichtshof, dass alle Auflagen erfüllt wurden.

Klage oder Fall

Rechtsstreit, der vor dem Gerichtshof entschieden wird.

Beschwerde

Der Grund für eine Klage. Beschwerden werden geprüft, wenn der Gerichtshof sich mit der Begründetheit einer Klage befasst.

Unzulässig

Klage, die unbegründet oder nicht ausreichend begründet ist und für unzulässig erklärt und abgewiesen wird.

Aus: Europarat. Europäische Menschenrechtskommission (Hrsg.): Rechte und Freiheiten in der Praxis. Lehrmaterial, S. 7. 10976DEU1270_fiches_pedagogiques_DH_DE.pdf. URL: http://www.europabuero.info/tipps_details.php?los=0&scr1=&scr2=&scr3=&cont_id=36&p_nr=1 [19.04.2016]

Was versteht man unter einem „Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs?

- a) Der Europäische Gerichtshof fällt ein „Urteil“, wenn er eine Klage abweist.
- b) Der Europäische Gerichtshof fällt ein „Urteil“, indem er beschließt, dass eine tatsächliche Beschwerde begründet ist.
- c) Ein „Urteil“ wird gefällt, wenn der Europäische Gerichtshof eine Beschwerde überprüft.
- d) Ein „Urteil“ ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über die Zulässigkeit einer Beschwerde.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Youth and Active Citizenship

The Kurt Lewin Foundation was commissioned by the Open Society Institute to conduct a year of research and education in four secondary schools in Eastern Hungary. The project, now concluded, was aimed at studying the effect of the school as an organisational/operational environment on the active citizenship of students. Fundamental differences were found between types of schools. Students at the vocational school have different socio-demographic characteristics, but their population also differs from that of grammar-school students in other factors (leisure-time activity, perception of future, political party preference, volunteer work, importance of democratic values, etc.).

All students rarely discuss social and political questions. They attribute less importance to solidarity and respect for the rights of minorities (though the latter factor was given more importance in the vocational school where a high proportion of students are Roma).

Certain democratic values were deemed important by students, yet the respondents are generally characterised by disappointment in and mistrust toward politics. As regards political party preferences, most students find none of the presently existing political parties attractive or very attractive. The radical party Jobbik is generally the best accepted. The school where the tendency to support this party was the weakest also scored lowest on the authoritarianism scale.

It was further found that students who consider their school to be the most democratic are also the most satisfied with their school and have the most favourable opinions about it. In addition they are the most active at school events and the best aware of students' rights. Our data also indicate that teachers at the school considered by its students to be most democratic, likewise deem their institution to be democratic, are more satisfied with their school, and are more interested in various issues pertaining to the school.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/youth-and-active-citizenship-20131220.pdf>

According to the Research Report above,

- a) the Open Society Institute conducted the project
- b) the project concerns the effect of active citizenship on students

- c) the project will last for a year
- d) the project has now been completed

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Youth and Active Citizenship

The Kurt Lewin Foundation was commissioned by the Open Society Institute to conduct a year of research and education in four secondary schools in Eastern Hungary. The project, now concluded, was aimed at studying the effect of the school as an organisational/operational environment on the active citizenship of students.

Fundamental differences were found between types of schools. Students at the vocational school have different socio-demographic characteristics, but their population also differs from that of grammar-school students in other factors (leisure-time activity, perception of future, political party preference, volunteer work, importance of democratic values, etc.).

All students rarely discuss social and political questions. They attribute less importance to solidarity and respect for the rights of minorities (though the latter factor was given more importance in the vocational school where a high proportion of students are Roma).

Certain democratic values were deemed important by students, yet the respondents are generally characterised by disappointment in and mistrust toward politics. As regards political party preferences, most students find none of the presently existing political parties attractive or very attractive. The radical party Jobbik is generally the best accepted. The school where the tendency to support this party was the weakest also scored lowest on the authoritarianism scale.

It was further found that students who consider their school to be the most democratic are also the most satisfied with their school and have the most favourable opinions about it. In addition they are the most active at school events and the best aware of students' rights. Our data also indicate that teachers at the school considered by its students to be most democratic, likewise deem their institution to be democratic, are more satisfied with their school, and are more interested in various issues pertaining to the school.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/youth-and-active-citizenship-20131220.pdf>

what is the similarity between students at the vocational school and those at the grammar school?

- a) Their socio-demographic characteristics
- b) Their political party preference
- c) Their perception of the future
- d) Their lack of interest in politics

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Youth and Active Citizenship

The Kurt Lewin Foundation was commissioned by the Open Society Institute to conduct a year of research and education in four secondary schools in Eastern Hungary. The project, now concluded, was aimed at studying the effect of the school as an organisational/operational environment on the active citizenship of students.

Fundamental differences were found between types of schools. Students at the vocational school have different socio-demographic characteristics, but their population also differs from that of grammar-school students in other factors (leisure-time activity, perception of future, political party preference, volunteer work, importance of democratic values, etc.).

All students rarely discuss social and political questions. They attribute less importance to solidarity and respect for the rights of minorities (though the latter factor was given more importance in the vocational school where a

high proportion of students are Roma).

Certain democratic values were deemed important by students, yet the respondents are generally characterised by disappointment in and mistrust toward politics. As regards political party preferences, most students find none of the presently existing political parties attractive or very attractive. The radical party Jobbik is generally the best accepted. The school where the tendency to support this party was the weakest also scored lowest on the authoritarianism scale.

It was further found that students who consider their school to be the most democratic are also the most satisfied with their school and have the most favourable opinions about it. In addition they are the most active at school events and the best aware of students' rights. Our data also indicate that teachers at the school considered by its students to be most democratic, likewise deem their institution to be democratic, are more satisfied with their school, and are more interested in various issues pertaining to the school.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/youth-and-active-citizenship-20131220.pdf>

There seems to be a correlation between

- a) political party preferences and the tendency to support the weakest party
- b) certain democratic values and attractive political parties
- c) support for Jobbik and greater interest in politics
- d) support for Jobbik and the score on the authoritarianism scale

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Youth and Active Citizenship

The Kurt Lewin Foundation was commissioned by the Open Society Institute to conduct a year of research and education in four secondary schools in Eastern Hungary. The project, now concluded, was aimed at studying the effect of the school as an organisational/operational environment on the active citizenship of students.

Fundamental differences were found between types of schools. Students at the vocational school have different socio-demographic characteristics, but their population also differs from that of grammar-school students in other factors (leisure-time activity, perception of future, political party preference, volunteer work, importance of democratic values, etc.).

All students rarely discuss social and political questions. They attribute less importance to solidarity and respect for the rights of minorities (though the latter factor was given more importance in the vocational school where a high proportion of students are Roma).

Certain democratic values were deemed important by students, yet the respondents are generally characterised by disappointment in and mistrust toward politics. As regards political party preferences, most students find none of the presently existing political parties attractive or very attractive. The radical party Jobbik is generally the best accepted. The school where the tendency to support this party was the weakest also scored lowest on the authoritarianism scale.

It was further found that students who consider their school to be the most democratic are also the most satisfied with their school and have the most favourable opinions about it. In addition they are the most active at school events and the best aware of students' rights. Our data also indicate that teachers at the school considered by its students to be most democratic, likewise deem their institution to be democratic, are more satisfied with their school, and are more interested in various issues pertaining to the school.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/youth-and-active-citizenship-20131220.pdf>

Regarding students who consider their school to be most democratic, which of the following is NOT true?

- a) They are best aware of their rights
- b) They differ in this respect to their teachers
- c) They are most satisfied with their school
- d) They are the most active at school events

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Youth and Active Citizenship

The Kurt Lewin Foundation was commissioned by the Open Society Institute to conduct a year of research and education in four secondary schools in Eastern Hungary. The project, now concluded, was aimed at studying the effect of the school as an organisational/operational environment on the active citizenship of students.

Fundamental differences were found between types of schools. Students at the vocational school have different socio-demographic characteristics, but their population also differs from that of grammar-school students in other factors (leisure-time activity, perception of future, political party preference, volunteer work, importance of democratic values, etc.).

All students rarely discuss social and political questions. They attribute less importance to solidarity and respect for the rights of minorities (though the latter factor was given more importance in the vocational school where a high proportion of students are Roma).

Certain democratic values were deemed important by students, yet the respondents are generally characterised by disappointment in and mistrust toward politics. As regards political party preferences, most students find none of the presently existing political parties attractive or very attractive. The radical party Jobbik is generally the best accepted. The school where the tendency to support this party was the weakest also scored lowest on the authoritarianism scale.

It was further found that students who consider their school to be the most democratic are also the most satisfied with their school and have the most favourable opinions about it. In addition they are the most active at school events and the best aware of students' rights. Our data also indicate that teachers at the school considered by its students to be most democratic, likewise deem their institution to be democratic, are more satisfied with their school, and are more interested in various issues pertaining to the school.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/youth-and-active-citizenship-20131220.pdf>

What is the meaning of "pertaining to" in the last paragraph?

- a) discovered by
- b) deriving from
- c) regarding
- d) looking for

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizenship Can Change Your Country For the Better

Active citizenship means people getting involved in their local communities and democracy at all levels, from towns to cities to nationwide activity. Active citizenship can be as small as a campaign to clean up your street or as big as educating young people about democratic values, skills and participation. Active citizenship is one of the most important steps towards healthy societies especially in new democracies like Hungary.

The Kurt Lewin Foundation conducted a one and a half year long research and development program in four

schools located in eastern Hungary examining the relationship between schools and democratic citizenship. Students aged between 17 and 19 years old (11th–12th grade) and their teachers took part in the research which examined the place and impact of active citizenship, democratic values and social and political attitudes in education.

The program aimed to study the effect of the school as a place to develop the active citizenship of students. Though the concept of citizenship grounded in activity, responsibility and democratic values is emphasized in Hungarian educational policy, the views and opinions of the younger generation in Hungary are, it appears, changing in a direction not conducive to bolstering active citizenship. Therefore, the program sought, on the one hand, to collect relevant data and, on the other, to enhance active citizenship.

As we understand it, active citizenship is a combination of knowledge, attitude, skills and actions that aim to contribute to building and maintaining a democratic society. Active Citizenship supports democratic cooperation that is based on the acceptance of universal human rights and the rule of law, while valuing diversity and including the whole community. Education towards gaining this knowledge and developing and practicing the skills take place in all levels of our shared social life, but schools play a very important role in it.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/voices/active-citizenship-can-change-your-country-better>

What might be an example of active citizenship?

- a) A political agreement between new democracies
- b) An initiative to improve conditions in a local community
- c) A reduction in the number of campaigns
- d) The removal of citizens from active decision-making

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizenship Can Change Your Country For the Better

Active citizenship means people getting involved in their local communities and democracy at all levels, from towns to cities to nationwide activity. Active citizenship can be as small as a campaign to clean up your street or as big as educating young people about democratic values, skills and participation. Active citizenship is one of the most important steps towards healthy societies especially in new democracies like Hungary.

The Kurt Lewin Foundation conducted a one and a half year long research and development program in four schools located in eastern Hungary examining the relationship between schools and democratic citizenship. Students aged between 17 and 19 years old (11th–12th grade) and their teachers took part in the research which examined the place and impact of active citizenship, democratic values and social and political attitudes in education.

The program aimed to study the effect of the school as a place to develop the active citizenship of students. Though the concept of citizenship grounded in activity, responsibility and democratic values is emphasized in Hungarian educational policy, the views and opinions of the younger generation in Hungary are, it appears, changing in a direction not conducive to bolstering active citizenship. Therefore, the program sought, on the one hand, to collect relevant data and, on the other, to enhance active citizenship.

As we understand it, active citizenship is a combination of knowledge, attitude, skills and actions that aim to contribute to building and maintaining a democratic society. Active Citizenship supports democratic cooperation that is based on the acceptance of universal human rights and the rule of law, while valuing diversity and including the whole community. Education towards gaining this knowledge and developing and practicing the skills take place in all levels of our shared social life, but schools play a very important role in it.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/voices/active-citizenship-can-change-your-country-better>

According to the second paragraph of the text, what was the principal topic of the research and development program carried out by the Lewin Foundation?

- a) The relationship between democratic attitudes and education
- b) The location of new schools
- c) The collaboration between students and their teachers
- d) The creation of new democracies

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizenship Can Change Your Country For the Better

Active citizenship means people getting involved in their local communities and democracy at all levels, from towns to cities to nationwide activity. Active citizenship can be as small as a campaign to clean up your street or as big as educating young people about democratic values, skills and participation. Active citizenship is one of the most important steps towards healthy societies especially in new democracies like Hungary.

The Kurt Lewin Foundation conducted a one and a half year long research and development program in four schools located in eastern Hungary examining the relationship between schools and democratic citizenship. Students aged between 17 and 19 years old (11th–12th grade) and their teachers took part in the research which examined the place and impact of active citizenship, democratic values and social and political attitudes in education.

The program aimed to study the effect of the school as a place to develop the active citizenship of students. Though the concept of citizenship grounded in activity, responsibility and democratic values is emphasized in Hungarian educational policy, the views and opinions of the younger generation in Hungary are, it appears, changing in a direction not conducive to bolstering active citizenship. Therefore, the program sought, on the one hand, to collect relevant data and, on the other, to enhance active citizenship.

As we understand it, active citizenship is a combination of knowledge, attitude, skills and actions that aim to contribute to building and maintaining a democratic society. Active Citizenship supports democratic cooperation that is based on the acceptance of universal human rights and the rule of law, while valuing diversity and including the whole community. Education towards gaining this knowledge and developing and practicing the skills take place in all levels of our shared social life, but schools play a very important role in it.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/voices/active-citizenship-can-change-your-country-better>

Which of the following elements is included in Hungarian educational policy?

- a) Democratic values constituting the basis of citizenship
- b) Data on the question of active citizenship
- c) The changing opinions of the younger generations
- d) The need to bolster active citizenship

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizenship Can Change Your Country For the Better

Active citizenship means people getting involved in their local communities and democracy at all levels, from

towns to cities to nationwide activity. Active citizenship can be as small as a campaign to clean up your street or as big as educating young people about democratic values, skills and participation. Active citizenship is one of the most important steps towards healthy societies especially in new democracies like Hungary.

The Kurt Lewin Foundation conducted a one and a half year long research and development program in four schools located in eastern Hungary examining the relationship between schools and democratic citizenship. Students aged between 17 and 19 years old (11th–12th grade) and their teachers took part in the research which examined the place and impact of active citizenship, democratic values and social and political attitudes in education.

The program aimed to study the effect of the school as a place to develop the active citizenship of students. Though the concept of citizenship grounded in activity, responsibility and democratic values is emphasized in Hungarian educational policy, the views and opinions of the younger generation in Hungary are, it appears, changing in a direction not conducive to bolstering active citizenship. Therefore, the program sought, on the one hand, to collect relevant data and, on the other, to enhance active citizenship.

As we understand it, active citizenship is a combination of knowledge, attitude, skills and actions that aim to contribute to building and maintaining a democratic society. Active Citizenship supports democratic cooperation that is based on the acceptance of universal human rights and the rule of law, while valuing diversity and including the whole community. Education towards gaining this knowledge and developing and practicing the skills take place in all levels of our shared social life, but schools play a very important role in it.

Source: <https://www.opensocietyfoundations.org/voices/active-citizenship-can-change-your-country-better>

What is the meaning of the phrase "grounded in" in paragraph 3?

- a) based on
- b) opposed by
- c) enhanced by
- d) resulting from

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Citizenship Can Change Your Country For the Better

Active citizenship means people getting involved in their local communities and democracy at all levels, from towns to cities to nationwide activity. Active citizenship can be as small as a campaign to clean up your street or as big as educating young people about democratic values, skills and participation. Active citizenship is one of the most important steps towards healthy societies especially in new democracies like Hungary.

The Kurt Lewin Foundation conducted a one and a half year long research and development program in four schools located in eastern Hungary examining the relationship between schools and democratic citizenship. Students aged between 17 and 19 years old (11th–12th grade) and their teachers took part in the research which examined the place and impact of active citizenship, democratic values and social and political attitudes in education.

The program aimed to study the effect of the school as a place to develop the active citizenship of students. Though the concept of citizenship grounded in activity, responsibility and democratic values is emphasized in Hungarian educational policy, the views and opinions of the younger generation in Hungary are, it appears, changing in a direction not conducive to bolstering active citizenship. Therefore, the program sought, on the one hand, to collect relevant data and, on the other, to enhance active citizenship.

As we understand it, active citizenship is a combination of knowledge, attitude, skills and actions that aim to contribute to building and maintaining a democratic society. Active Citizenship supports democratic cooperation that is based on the acceptance of universal human rights and the rule of law, while valuing diversity and including the whole community. Education towards gaining this knowledge and developing and practicing the skills take place in all levels of our shared social life, but schools play a very important role in it.

Where or how do we learn about Active Citizenship?

- a) By role-playing
- b) Only at school
- c) In all areas of society
- d) Through the rule of law

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Ciudadanía intercultural

José Antonio Pérez Tapias

En el marco de una ambigua globalización que efectivamente no está generando por ahora las condiciones adecuadas para la convivencia de los humanos en nuestra frágil nave planetaria, nos preguntamos cuáles han de ser las tareas de la educación para contribuir a que en nuestras sociedades no se agudicen hasta el extremo las diferencias culturales, sino que, por el contrario, podamos articularlas para hacer viable en su seno la convivencia democrática.

Somos conscientes de que no se puede confiar todo a la educación; también sabemos que todos los esfuerzos fracasarán si ella falla. Por ello, la problemática educativa la hemos de enmarcar en el proyecto político encaminado a promover la ciudadanía intercultural que se perfila como clave de la democracia que necesitamos en nuestras sociedades complejas. Para ver desde qué supuestos y condiciones hemos de pensar y realizar una acción educativa que sea tan radicalmente democrática como efectivamente intercultural, y mediante ella abrir vías de humanización hacia las sociedades mestizas a las que nos encaminamos y hacia la democracia planetaria que estamos necesitando, hay que clarificar qué entendemos por esa ciudadanía intercultural. Hay que argumentar a favor de esta nueva forma de entender y practicar la ciudadanía como la más consonante con el exigible respeto incondicional a los derechos inviolables de todos y cada uno, y que incluye el mayor respeto a las legítimas diferencias con las que cada cual se identifique desde las respectivas tradiciones culturales. Así, la ciudadanía intercultural, y de manera especialmente relevante la educación que prepare para ella, será la clave no sólo para hacer frente al amenazante riesgo del "choque de civilizaciones", sino, además, para hacer efectivo el "diálogo de civilizaciones" del que ya depende la supervivencia y la dignidad en las sociedades mestizas de nuestra aldea global.

Pérez Tapias, José Antonio (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. (http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF)

Según el texto,

- a) la globalización aún no ha creado un escenario de convivencia adecuado en las astronaves
- b) la globalización genera formas de convivencia adecuadas entre los humanos de nuestra frágil nave planetaria
- c) la globalización aún no permite niveles de entendimiento entre los habitantes del espacio

- d) la globalización no ha creado todavía las circunstancias para que los habitantes del planeta convivan de forma adecuada

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Ciudadanía intercultural

José Antonio Pérez Tapias

En el marco de una ambigua globalización que efectivamente no está generando por ahora las condiciones adecuadas para la convivencia de los humanos en nuestra frágil nave planetaria, nos preguntamos cuáles han de ser las tareas de la educación para contribuir a que en nuestras sociedades no se agudicen hasta el extremo las diferencias culturales, sino que, por el contrario, podamos articularlas para hacer viable en su seno la convivencia democrática.

Somos conscientes de que no se puede confiar todo a la educación; también sabemos que todos los esfuerzos fracasarán si ella falla. Por ello, la problemática educativa la hemos de enmarcar en el proyecto político encaminado a promover la ciudadanía intercultural que se perfila como clave de la democracia que necesitamos en nuestras sociedades complejas. Para ver desde qué supuestos y condiciones hemos de pensar y realizar una acción educativa que sea tan radicalmente democrática como efectivamente intercultural, y mediante ella abrir vías de humanización hacia las sociedades mestizas a las que nos encaminamos y hacia la democracia planetaria que estamos necesitando, hay que clarificar qué entendemos por esa ciudadanía intercultural. Hay que argumentar a favor de esta nueva forma de entender y practicar la ciudadanía como la más consonante con el exigible respeto incondicional a los derechos inviolables de todos y cada uno, y que incluye el mayor respeto a las legítimas diferencias con las que cada cual se identifique desde las respectivas tradiciones culturales. Así, la ciudadanía intercultural, y de manera especialmente relevante la educación que prepare para ella, será la clave no sólo para hacer frente al amenazante riesgo del "choque de civilizaciones", sino, además, para hacer efectivo el "diálogo de civilizaciones" del que ya depende la supervivencia y la dignidad en las sociedades mestizas de nuestra aldea global.

Pérez Tapias, José Antonio (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. (http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF)

El autor del texto plantea que

- a) el quehacer educativo tiene como prioridad hacer posible la convivencia democrática extremando las diferencias culturales
- b) el cometido de la educación es contrarrestar las diferencias culturales y contribuir así a la construcción de una sociedad plenamente democrática
- c) la educación es una tarea que contribuye a agudizar las diferencias culturales en el seno de la sociedad y, al mismo tiempo, mejora la convivencia democrática
- d) la tarea de la educación es propulsar las diferencias culturales en el seno de nuestras sociedades democráticas e interculturales

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Ciudadanía intercultural

José Antonio Pérez Tapias

En el marco de una ambigua globalización que efectivamente no está generando por ahora las condiciones adecuadas para la convivencia de los humanos en nuestra frágil nave planetaria, nos preguntamos cuáles han de ser las tareas de la educación para contribuir a que en nuestras sociedades no se agudicen hasta el extremo las diferencias culturales, sino que, por el contrario, podamos articularlas para hacer viable en su seno la convivencia democrática.

Somos conscientes de que no se puede confiar todo a la educación; también sabemos que todos los esfuerzos fracasarán si ella falla. Por ello, la problemática educativa la hemos de enmarcar en el proyecto político encaminado a promover la ciudadanía intercultural que se perfila como clave de la democracia que necesitamos en nuestras sociedades complejas. Para ver desde qué supuestos y condiciones hemos de pensar y realizar una acción educativa que sea tan radicalmente democrática como efectivamente intercultural, y mediante ella abrir vías de humanización hacia las sociedades mestizas a las que nos encaminamos y hacia la democracia planetaria que estamos necesitando, hay que clarificar qué entendemos por esa ciudadanía intercultural. Hay que argumentar a favor de esta nueva forma de entender y practicar la ciudadanía como la más consonante con el exigible respeto incondicional a los derechos inviolables de todos y cada uno, y que incluye el mayor respeto a las legítimas diferencias con las que cada cual se identifique desde las respectivas tradiciones culturales. Así, la ciudadanía intercultural, y de manera especialmente relevante la educación que prepare para ella, será la clave no sólo para hacer frente al amenazante riesgo del "choque de civilizaciones", sino, además, para hacer efectivo el "diálogo de civilizaciones" del que ya depende la supervivencia y la dignidad en las sociedades mestizas de nuestra aldea global.

Pérez Tapias, José Antonio (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. (http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF)

En el texto se sostiene que la problemática educativa se debe encuadrar en

- a) la promoción de una ciudadanía intercultural compleja con proyección política
- b) un proyecto político cuya finalidad sea fomentar la ciudadanía intercultural
- c) la complejidad democrática encaminada a perfilar las claves interculturales de la ciudadanía
- d) un proyecto político cuya clave sea una ciudadanía intercultural que promueva la complejidad en nuestras sociedades

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Ciudadanía intercultural

José Antonio Pérez Tapias

En el marco de una ambigua globalización que efectivamente no está generando por ahora las condiciones adecuadas para la convivencia de los humanos en nuestra frágil nave planetaria, nos preguntamos cuáles han de ser las tareas de la educación para contribuir a que en nuestras sociedades no se agudicen hasta el extremo las diferencias culturales, sino que, por el contrario, podamos articularlas para hacer viable en su seno la convivencia democrática.

Somos conscientes de que no se puede confiar todo a la educación; también sabemos que todos los esfuerzos fracasarán si ella falla. Por ello, la problemática educativa la hemos de enmarcar en el proyecto político encaminado a promover la ciudadanía intercultural que se perfila como clave de la democracia que necesitamos en nuestras sociedades complejas. Para ver desde qué supuestos y condiciones hemos de pensar y realizar una acción educativa que sea tan radicalmente democrática como efectivamente intercultural, y mediante ella abrir vías de humanización hacia las sociedades mestizas a las que nos encaminamos y hacia la democracia planetaria que estamos necesitando, hay que clarificar qué entendemos por esa ciudadanía intercultural. Hay que argumentar a favor de esta nueva forma de entender y practicar la ciudadanía como la más consonante con el exigible respeto incondicional a los derechos inviolables de todos y cada uno, y que incluye el mayor respeto a

las legítimas diferencias con las que cada cual se identifique desde las respectivas tradiciones culturales. Así, la ciudadanía intercultural, y de manera especialmente relevante la educación que prepare para ella, será la clave no sólo para hacer frente al amenazante riesgo del "choque de civilizaciones", sino, además, para hacer efectivo el "diálogo de civilizaciones" del que ya depende la supervivencia y la dignidad en las sociedades mestizas de nuestra aldea global.

Pérez Tapias, José Antonio (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. (http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF)

Según el autor del texto,

- a) la ciudadanía intercultural comprende el profundo respeto por las lícitas diferencias culturales en las que cada uno puede reconocerse, a partir de las costumbres culturales heredadas
- b) la ciudadanía intercultural podría incluir un gran respeto por las diferentes identidades y sus respectivos folclores
- c) la ciudadanía intercultural comporta un mínimo de respeto por las legítimas diferencias con las que cada persona puede identificarse desde las respectivas tradiciones culturales
- d) la ciudadanía intercultural incluirá, en el mejor de los casos, el mayor respeto a las lícitas diferencias con las que cada uno se identifique desde las respectivas tradiciones culturales

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Ciudadanía intercultural

José Antonio Pérez Tapias

En el marco de una ambigua globalización que efectivamente no está generando por ahora las condiciones adecuadas para la convivencia de los humanos en nuestra frágil nave planetaria, nos preguntamos cuáles han de ser las tareas de la educación para contribuir a que en nuestras sociedades no se agudicen hasta el extremo las diferencias culturales, sino que, por el contrario, podamos articularlas para hacer viable en su seno la convivencia democrática.

Somos conscientes de que no se puede confiar todo a la educación; también sabemos que todos los esfuerzos fracasarán si ella falla. Por ello, la problemática educativa la hemos de enmarcar en el proyecto político encaminado a promover la ciudadanía intercultural que se perfila como clave de la democracia que necesitamos en nuestras sociedades complejas. Para ver desde qué supuestos y condiciones hemos de pensar y realizar una acción educativa que sea tan radicalmente democrática como efectivamente intercultural, y mediante ella abrir vías de humanización hacia las sociedades mestizas a las que nos encaminamos y hacia la democracia planetaria que estamos necesitando, hay que clarificar qué entendemos por esa ciudadanía intercultural. Hay que argumentar a favor de esta nueva forma de entender y practicar la ciudadanía como la más consonante con el exigible respeto incondicional a los derechos inviolables de todos y cada uno, y que incluye el mayor respeto a las legítimas diferencias con las que cada cual se identifique desde las respectivas tradiciones culturales. Así, la ciudadanía intercultural, y de manera especialmente relevante la educación que prepare para ella, será la clave no sólo para hacer frente al amenazante riesgo del "choque de civilizaciones", sino, además, para hacer efectivo el "diálogo de civilizaciones" del que ya depende la supervivencia y la dignidad en las sociedades mestizas de nuestra aldea global.

Pérez Tapias, José Antonio (2002). "Ciudadanía intercultural". Actas I Congreso Nacional sobre Educación Intercultural. Desde el multiculturalismo hacia la interculturalidad. Aguadulce, 26, 27 y 28 de abril de 2002. (http://www.segundaslenguaseinmigracion.com/Actas_Congresos/congresalmeria/tapias.PDF)

Del texto se desprende que la educación que prepare para la ciudadanía intercultural

- a) plantará cara al “choque de civilizaciones”, aunque de este choque dependa la supervivencia y la dignidad en las sociedades mestizas
- b) llevará a efecto el “diálogo de civilizaciones”, además de desafiar el riesgo que entraña “el choque de civilizaciones”
- c) destruirá el “choque de civilizaciones” y sus lacras en las sociedades mestizas
- d) contribuirá a que sobreviva dignamente un efectivo “diálogo de civilizaciones”, aplastando los riesgos que entraña la amenaza yihadista

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Educación y ciudadanía

2005 ha sido declarado como "Año europeo de la ciudadanía a través de la educación: 'aprender y vivir la democracia'", poniendo de relieve que la educación juega un papel crucial en el desarrollo de la ciudadanía y a favor de la participación en la sociedad democrática.

[...] Por su parte, el Ministerio de Educación y Ciencia, en el Anteproyecto de Ley orgánica de educación (30 de marzo de 2005), expone que en lo que se refiere al currículo, una de las novedades de la Ley consiste en la introducción de una nueva materia, denominada Educación para la Ciudadanía, que se impartirá en algunos cursos de la educación primaria, secundaria obligatoria y bachillerato. Su finalidad consiste en "ofrecer a todos los estudiantes un espacio de reflexión, análisis y estudio acerca de las características fundamentales y el funcionamiento de un régimen democrático [...]. La nueva materia permitirá profundizar en algunos aspectos relativos a una nueva vida en común, contribuyendo a formar a los nuevos ciudadanos".

[...] Cada vez se es más consciente de que términos como "ciudadanos" y "ciudadanía" no son estables ni admiten una definición única. Por ello, para conocer cuál es el significado que se le está dando, es importante tener en cuenta dónde y cuándo se utiliza.

Ya no basta limitar la idea de ciudadanía al acto de votar. Debe incluir también el conjunto de acciones ejercidas por una persona que inciden en la vida de la comunidad (local, nacional e internacional) y, como tal, requiere un espacio público en el que las personas pueden actuar juntas y donde sea posible una convivencia en el espacio público.

[...] Algunos autores, cuando describen la ciudadanía, señalan tal cúmulo de exigencias que desalientan; en la experiencia diaria también observamos modelos de ciudadanía quizá poco edificantes. Ello no es extraño pues la ciudadanía difícilmente se puede considerar como un hecho natural, siendo más bien un constructo social, que no siempre se ha descrito con las mismas características.

Martínez, J. B. (2006). "Educación y ciudadanía". Eikasía. Revista de Filosofía. II. 6. 1-16.

<http://www.revistadefilosofia.org/educacionyciudadania.pdf>

2005 fue declarado Año Europeo de la Ciudadanía

- a) porque España introdujo una asignatura denominada ‘Educación para la Ciudadanía’ en la educación primaria, secundaria obligatoria y bachillerato precisamente en ese año
- b) por medio de la educación, haciendo hincapié en su rol imprescindible, la formación hace partícipes de la sociedad a los ciudadanos
- c) porque los ciudadanos europeos querían alcanzar una mayor participación en la sociedad democrática
- d) porque el Ministerio de Educación y Ciencia aprobó en ese mismo año la Ley orgánica de educación

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

2005 ha sido declarado como "Año europeo de la ciudadanía a través de la educación: 'aprender y vivir la democracia'", poniendo de relieve que la educación juega un papel crucial en el desarrollo de la ciudadanía y a favor de la participación en la sociedad democrática.

[...] Por su parte, el Ministerio de Educación y Ciencia, en el Anteproyecto de Ley orgánica de educación (30 de marzo de 2005), expone que en lo que se refiere al currículo, una de las novedades de la Ley consiste en la introducción de una nueva materia, denominada Educación para la Ciudadanía, que se impartirá en algunos cursos de la educación primaria, secundaria obligatoria y bachillerato. Su finalidad consiste en "ofrecer a todos los estudiantes un espacio de reflexión, análisis y estudio acerca de las características fundamentales y el funcionamiento de un régimen democrático [...]. La nueva materia permitirá profundizar en algunos aspectos relativos a una nueva vida en común, contribuyendo a formar a los nuevos ciudadanos".

[...] Cada vez se es más consciente de que términos como "ciudadanos" y "ciudadanía" no son estables ni admiten una definición única. Por ello, para conocer cuál es el significado que se le está dando, es importante tener en cuenta dónde y cuándo se utiliza.

Ya no basta limitar la idea de ciudadanía al acto de votar. Debe incluir también el conjunto de acciones ejercidas por una persona que inciden en la vida de la comunidad (local, nacional e internacional) y, como tal, requiere un espacio público en el que las personas pueden actuar juntas y donde sea posible una convivencia en el espacio público.

[...] Algunos autores, cuando describen la ciudadanía, señalan tal cúmulo de exigencias que desalientan; en la experiencia diaria también observamos modelos de ciudadanía quizá poco edificantes. Ello no es extraño pues la ciudadanía difícilmente se puede considerar como un hecho natural, siendo más bien un constructo social, que no siempre se ha descrito con las mismas características.

Martínez, J. B. (2006). "Educación y ciudadanía". Eikasia. Revista de Filosofía. II. 6. 1-16.
<http://www.revistadefilosofia.org/educacionyciudadania.pdf>

El objetivo de la nueva materia es

- a) contribuir a formar individuos pero no ciudadanos partícipes, a pesar de ofrecer un espacio de análisis común
- b) proporcionar información y datos sobre las democracias en el mundo
- c) impulsar la concienciación por parte del alumnado acerca de las características de un Estado democrático y su funcionamiento
- d) profundizar solo en aspectos prácticos de la vida en común de cada comunidad

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Educación y ciudadanía

2005 ha sido declarado como "Año europeo de la ciudadanía a través de la educación: 'aprender y vivir la democracia'", poniendo de relieve que la educación juega un papel crucial en el desarrollo de la ciudadanía y a favor de la participación en la sociedad democrática.

[...] Por su parte, el Ministerio de Educación y Ciencia, en el Anteproyecto de Ley orgánica de educación (30 de marzo de 2005), expone que en lo que se refiere al currículo, una de las novedades de la Ley consiste en la introducción de una nueva materia, denominada Educación para la Ciudadanía, que se impartirá en algunos cursos de la educación primaria, secundaria obligatoria y bachillerato. Su finalidad consiste en "ofrecer a todos los estudiantes un espacio de reflexión, análisis y estudio acerca de las características fundamentales y el funcionamiento de un régimen democrático [...]. La nueva materia permitirá profundizar en algunos aspectos relativos a una nueva vida en común, contribuyendo a formar a los nuevos ciudadanos".

[...] Cada vez se es más consciente de que términos como "ciudadanos" y "ciudadanía" no son estables ni

admiten una definición única. Por ello, para conocer cuál es el significado que se le está dando, es importante tener en cuenta dónde y cuándo se utiliza.

Ya no basta limitar la idea de ciudadanía al acto de votar. Debe incluir también el conjunto de acciones ejercidas por una persona que inciden en la vida de la comunidad (local, nacional e internacional) y, como tal, requiere un espacio público en el que las personas pueden actuar juntas y donde sea posible una convivencia en el espacio público.

[...] Algunos autores, cuando describen la ciudadanía, señalan tal cúmulo de exigencias que desalientan; en la experiencia diaria también observamos modelos de ciudadanía quizá poco edificantes. Ello no es extraño pues la ciudadanía difícilmente se puede considerar como un hecho natural, siendo más bien un constructo social, que no siempre se ha descrito con las mismas características.

Martínez, J. B. (2006). "Educación y ciudadanía". Eikasía. Revista de Filosofía. II. 6. 1-16.
<http://www.revistadefilosofia.org/educacionyciudadania.pdf>

La palabra "ciudadano",

- a) se emplea en contextos distintos con respecto a "ciudadanía"
- b) hay que emplearla dentro de un contexto espacio-temporal bien definido
- c) depende de una multitud de factores imposibles de delimitar
- d) admite solamente una definición

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Educación y ciudadanía

2005 ha sido declarado como "Año europeo de la ciudadanía a través de la educación: 'aprender y vivir la democracia'", poniendo de relieve que la educación juega un papel crucial en el desarrollo de la ciudadanía y a favor de la participación en la sociedad democrática.

[...] Por su parte, el Ministerio de Educación y Ciencia, en el Anteproyecto de Ley orgánica de educación (30 de marzo de 2005), expone que en lo que se refiere al currículo, una de las novedades de la Ley consiste en la introducción de una nueva materia, denominada Educación para la Ciudadanía, que se impartirá en algunos cursos de la educación primaria, secundaria obligatoria y bachillerato. Su finalidad consiste en "ofrecer a todos los estudiantes un espacio de reflexión, análisis y estudio acerca de las características fundamentales y el funcionamiento de un régimen democrático [...]. La nueva materia permitirá profundizar en algunos aspectos relativos a una nueva vida en común, contribuyendo a formar a los nuevos ciudadanos".

[...] Cada vez se es más consciente de que términos como "ciudadanos" y "ciudadanía" no son estables ni admiten una definición única. Por ello, para conocer cuál es el significado que se le está dando, es importante tener en cuenta dónde y cuándo se utiliza.

Ya no basta limitar la idea de ciudadanía al acto de votar. Debe incluir también el conjunto de acciones ejercidas por una persona que inciden en la vida de la comunidad (local, nacional e internacional) y, como tal, requiere un espacio público en el que las personas pueden actuar juntas y donde sea posible una convivencia en el espacio público.

[...] Algunos autores, cuando describen la ciudadanía, señalan tal cúmulo de exigencias que desalientan; en la experiencia diaria también observamos modelos de ciudadanía quizá poco edificantes. Ello no es extraño pues la ciudadanía difícilmente se puede considerar como un hecho natural, siendo más bien un constructo social, que no siempre se ha descrito con las mismas características.

Martínez, J. B. (2006). "Educación y ciudadanía". Eikasía. Revista de Filosofía. II. 6. 1-16.
<http://www.revistadefilosofia.org/educacionyciudadania.pdf>

En concreto, la ciudadanía

- a) se ejerce solo en un espacio compartido
- b) se limita a la acción de expresar un voto
- c) se ejerce a nivel nacional votando en las elecciones generales
- d) está constituida por todo tipo de acción realizada a beneficio de la comunidad

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Educación y ciudadanía

2005 ha sido declarado como "Año europeo de la ciudadanía a través de la educación: 'aprender y vivir la democracia'", poniendo de relieve que la educación juega un papel crucial en el desarrollo de la ciudadanía y a favor de la participación en la sociedad democrática.

[...] Por su parte, el Ministerio de Educación y Ciencia, en el Anteproyecto de Ley orgánica de educación (30 de marzo de 2005), expone que en lo que se refiere al currículo, una de las novedades de la Ley consiste en la introducción de una nueva materia, denominada Educación para la Ciudadanía, que se impartirá en algunos cursos de la educación primaria, secundaria obligatoria y bachillerato. Su finalidad consiste en "ofrecer a todos los estudiantes un espacio de reflexión, análisis y estudio acerca de las características fundamentales y el funcionamiento de un régimen democrático [...]. La nueva materia permitirá profundizar en algunos aspectos relativos a una nueva vida en común, contribuyendo a formar a los nuevos ciudadanos".

[...] Cada vez se es más consciente de que términos como "ciudadanos" y "ciudadanía" no son estables ni admiten una definición única. Por ello, para conocer cuál es el significado que se le está dando, es importante tener en cuenta dónde y cuándo se utiliza.

Ya no basta limitar la idea de ciudadanía al acto de votar. Debe incluir también el conjunto de acciones ejercidas por una persona que inciden en la vida de la comunidad (local, nacional e internacional) y, como tal, requiere un espacio público en el que las personas pueden actuar juntas y donde sea posible una convivencia en el espacio público.

[...] Algunos autores, cuando describen la ciudadanía, señalan tal cúmulo de exigencias que desalientan; en la experiencia diaria también observamos modelos de ciudadanía quizá poco edificantes. Ello no es extraño pues la ciudadanía difícilmente se puede considerar como un hecho natural, siendo más bien un constructo social, que no siempre se ha descrito con las mismas características.

Martínez, J. B. (2006). "Educación y ciudadanía". Eikasia. Revista de Filosofía. II. 6. 1-16.
<http://www.revistadefilosofia.org/educacionyciudadania.pdf>

Algunos expertos describen la ciudadanía

- a) como un hábito negativo en la experiencia de todos los días
- b) como una realidad natural caracterizada por elementos comunes
- c) enumerando demasiados requisitos
- d) señalando su relevancia social

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse
 Il est facile d'affirmer que la citoyenneté est « en chute libre » ou « en crise » et qu'après s'être exclamé « Mais que fait la police ? », on en vient à dire « Mais que fait l'école ? ». Il serait peut-être plus honnête, plus juste de reconnaître que la conception de la citoyenneté a changé et a modifié par conséquent les moyens et les manières d'éduquer et d'instruire. Lorsque quelque chose semble « se dégrader », demandons-nous toujours si

la réalité a changé ou si nos attentes se sont élevées. De nos jours, on stigmatise volontiers l'ignorance dans des sociétés où le niveau d'instruction est en réalité le plus élevé de l'histoire. Il se pourrait qu'en matière de citoyenneté aussi, nos attentes évoluent plus vite que nos comportements, ce qui nous pousserait à voir une dégradation absolue là où elle est tout simplement relative. De là à rendre l'école responsable de cette dégradation, et de tous les maux de la société, le pas est vite franchi. Elle l'a d'ailleurs bien cherché parfois, nous dira-t-on : à force de prétendre nous préparer à tout en nous enfermant dans ses classes, ses labos ou ses amphithéâtres dix, quinze ou vingt ans de notre vie, elle provoque des attentes fantasmagoriques et autorise à lui renvoyer tous les problèmes que la société ne parvient pas à résoudre. C'est ainsi que les appels à réformer, voire à refonder de fond en comble l'école, reviennent régulièrement dans le débat politique et culturel. Cette analyse est cependant un peu courte. Car l'école n'est pas un État dans l'État, un État en miniature, même si on lui reconnaît une « autonomie relative ». On ne peut donc, sans autre forme de procès, lui imputer, à elle seule, une éventuelle crise de l'éducation citoyenne.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur du texte, la valeur de la citoyenneté est aujourd'hui remise en cause car :

- a) l'évolution de nos sociétés a modifié en profondeur cette valeur et l'éducation qui la concerne.
- b) l'école est en réalité un État dans l'État, totalement autonome.
- c) nos sociétés sont largement influencées par le phénomène migratoire qui remet en cause la notion de citoyenneté.
- d) nos sociétés, extrêmement individualistes, ont perdu cette valeur.

Quesito 7 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Il est facile d'affirmer que la citoyenneté est « en chute libre » ou « en crise » et qu'après s'être exclamé « Mais que fait la police ? », on en vient à dire « Mais que fait l'école ? ». Il serait peut-être plus honnête, plus juste de reconnaître que la conception de la citoyenneté a changé et a modifié par conséquent les moyens et les manières d'éduquer et d'instruire. Lorsque quelque chose semble « se dégrader », demandons-nous toujours si la réalité a changé ou si nos attentes se sont élevées. De nos jours, on stigmatise volontiers l'ignorance dans des sociétés où le niveau d'instruction est en réalité le plus élevé de l'histoire. Il se pourrait qu'en matière de citoyenneté aussi, nos attentes évoluent plus vite que nos comportements, ce qui nous pousserait à voir une dégradation absolue là où elle est tout simplement relative. De là à rendre l'école responsable de cette dégradation, et de tous les maux de la société, le pas est vite franchi. Elle l'a d'ailleurs bien cherché parfois, nous dira-t-on : à force de prétendre nous préparer à tout en nous enfermant dans ses classes, ses labos ou ses amphithéâtres dix, quinze ou vingt ans de notre vie, elle provoque des attentes fantasmagoriques et autorise à lui renvoyer tous les problèmes que la société ne parvient pas à résoudre. C'est ainsi que les appels à réformer, voire à refonder de fond en comble l'école, reviennent régulièrement dans le débat politique et culturel. Cette analyse est cependant un peu courte. Car l'école n'est pas un État dans l'État, un État en miniature, même si on lui reconnaît une « autonomie relative ». On ne peut donc, sans autre forme de procès, lui imputer, à elle seule, une éventuelle crise de l'éducation citoyenne.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

On accuse volontiers aujourd'hui notre société d'être :

- a) trop sensible au sujet de la citoyenneté.
- b) peu attentive aux difficultés des systèmes scolaires.
- c) inculte et ignorante.
- d) indifférente aux grands sujets de l'éducation.

Quesito 7 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Il est facile d'affirmer que la citoyenneté est « en chute libre » ou « en crise » et qu'après s'être exclamé « Mais que fait la police ? », on en vient à dire « Mais que fait l'école ? ». Il serait peut-être plus honnête, plus juste de reconnaître que la conception de la citoyenneté a changé et a modifié par conséquent les moyens et les manières d'éduquer et d'instruire. Lorsque quelque chose semble « se dégrader », demandons-nous toujours si la réalité a changé ou si nos attentes se sont élevées. De nos jours, on stigmatise volontiers l'ignorance dans des sociétés où le niveau d'instruction est en réalité le plus élevé de l'histoire. Il se pourrait qu'en matière de citoyenneté aussi, nos attentes évoluent plus vite que nos comportements, ce qui nous pousserait à voir une dégradation absolue là où elle est tout simplement relative. De là à rendre l'école responsable de cette dégradation, et de tous les maux de la société, le pas est vite franchi. Elle l'a d'ailleurs bien cherché parfois, nous dira-t-on : à force de prétendre nous préparer à tout en nous enfermant dans ses classes, ses labos ou ses amphithéâtres, quinze ou vingt ans de notre vie, elle provoque des attentes fantasmagiques et autorise à lui renvoyer tous les problèmes que la société ne parvient pas à résoudre. C'est ainsi que les appels à réformer, voire à refonder de fond en comble l'école, reviennent régulièrement dans le débat politique et culturel. Cette analyse est cependant un peu courte. Car l'école n'est pas un État dans l'État, un État en miniature, même si on lui reconnaît une « autonomie relative ». On ne peut donc, sans autre forme de procès, lui imputer, à elle seule, une éventuelle crise de l'éducation citoyenne.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Face à une remise en cause de la notion de citoyenneté, on a tendance à :

- a) critiquer nos comportements, incapables de suivre l'évolution rapide du concept de citoyenneté.
- b) proposer des parcours d'enseignement de plus en plus longs.
- c) accuser principalement l'école et le niveau d'instruction qu'elle assure.
- d) reconnaître à l'école une autonomie grandissante.

Quesito 7 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Il est facile d'affirmer que la citoyenneté est « en chute libre » ou « en crise » et qu'après s'être exclamé « Mais que fait la police ? », on en vient à dire « Mais que fait l'école ? ». Il serait peut-être plus honnête, plus juste de reconnaître que la conception de la citoyenneté a changé et a modifié par conséquent les moyens et les manières d'éduquer et d'instruire. Lorsque quelque chose semble « se dégrader », demandons-nous toujours si la réalité a changé ou si nos attentes se sont élevées. De nos jours, on stigmatise volontiers l'ignorance dans des sociétés où le niveau d'instruction est en réalité le plus élevé de l'histoire. Il se pourrait qu'en matière de citoyenneté aussi, nos attentes évoluent plus vite que nos comportements, ce qui nous pousserait à voir une dégradation absolue là où elle est tout simplement relative. De là à rendre l'école responsable de cette dégradation, et de tous les maux de la société, le pas est vite franchi. Elle l'a d'ailleurs bien cherché parfois, nous dira-t-on : à force de prétendre nous préparer à tout en nous enfermant dans ses classes, ses labos ou ses amphithéâtres, quinze ou vingt ans de notre vie, elle provoque des attentes fantasmagiques et autorise à lui renvoyer tous les problèmes que la société ne parvient pas à résoudre. C'est ainsi que les appels à réformer, voire à refonder de fond en comble l'école, reviennent régulièrement dans le débat politique et culturel. Cette analyse est cependant un peu courte. Car l'école n'est pas un État dans l'État, un État en miniature, même si on lui reconnaît une « autonomie relative ». On ne peut donc, sans autre forme de procès, lui imputer, à elle seule, une éventuelle crise de l'éducation citoyenne.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Selon l'auteur du texte, les parcours d'enseignement, toujours plus complexes et longs, ont eu pour effet :

- a) d'amplifier les attentes et de demander toujours plus au système scolaire.
- b) d'améliorer nos comportements et notre respect des valeurs citoyennes.

- c) de mieux préparer les diplômés à affronter les changements sociaux.
- d) de mieux préparer les élèves au monde professionnel.

Quesito 7 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Il est facile d'affirmer que la citoyenneté est « en chute libre » ou « en crise » et qu'après s'être exclamé « Mais que fait la police ? », on en vient à dire « Mais que fait l'école ? ». Il serait peut-être plus honnête, plus juste de reconnaître que la conception de la citoyenneté a changé et a modifié par conséquent les moyens et les manières d'éduquer et d'instruire. Lorsque quelque chose semble « se dégrader », demandons-nous toujours si la réalité a changé ou si nos attentes se sont élevées. De nos jours, on stigmatise volontiers l'ignorance dans des sociétés où le niveau d'instruction est en réalité le plus élevé de l'histoire. Il se pourrait qu'en matière de citoyenneté aussi, nos attentes évoluent plus vite que nos comportements, ce qui nous pousserait à voir une dégradation absolue là où elle est tout simplement relative. De là à rendre l'école responsable de cette dégradation, et de tous les maux de la société, le pas est vite franchi. Elle l'a d'ailleurs bien cherché parfois, nous dira-t-on : à force de prétendre nous préparer à tout en nous enfermant dans ses classes, ses labos ou ses amphithéâtres, quinze ou vingt ans de notre vie, elle provoque des attentes fantasmagoriques et autorise à lui renvoyer tous les problèmes que la société ne parvient pas à résoudre. C'est ainsi que les appels à réformer, voire à refonder de fond en comble l'école, reviennent régulièrement dans le débat politique et culturel. Cette analyse est cependant un peu courte. Car l'école n'est pas un État dans l'État, un État en miniature, même si on lui reconnaît une « autonomie relative ». On ne peut donc, sans autre forme de procès, lui imputer, à elle seule, une éventuelle crise de l'éducation citoyenne.

Adapté de : Ph. Perrenoud, Apprentissage de la citoyenneté. Des bonnes intentions aux curriculums cachés.

Les débats sur la réforme du système scolaire et sur son autonomie sont :

- a) de plus en plus éloignés de la réalité.
- b) de plus en plus rares car personne ne s'intéresse au système scolaire.
- c) de plus en plus exaspérés au sein du système scolaire.
- d) de plus en plus fréquents sur le plan politique et culturel.

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Citoyenneté lycéenne et citoyenneté de la République :

Le Lycée est un lieu à la fois de formation et d'acquisition de connaissances et d'apprentissage des droits et devoirs de chaque membre de notre société républicaine.

Les Lycéens doivent donc pouvoir y exercer leurs droits et y respecter leurs obligations dans le cadre des principes fondamentaux de l'école de la République et se préparer à leurs responsabilités de citoyens de la République. Faute de droits et de devoirs en matière de vie sociale et personnelle, de santé et d'environnement, la citoyenneté est fondée sur la morale de la responsabilité. Celle-ci s'exerce au lycée dans le cadre de droits (expression collective par l'intermédiaire des délégués, réunion, association, publication) et d'obligations (acquisition de connaissances, rédaction de devoirs, respect des règles comme l'assiduité et la ponctualité, respect des autres, du bien public et de l'environnement). Les délégués de classe ont un rôle à jouer dans la mise en œuvre de ces droits et le respect de ces obligations.

Délégué des élèves :

Le seul fait d'être élu délégué traduit la confiance qu'une majorité de la classe porte à ses 2 élus. Vos camarades ont donc décelé en vous une capacité de les représenter et de parler en leur nom lors de réunions où ils seront absents. Être élu consiste donc en un engagement vis-à-vis de ses électeurs et à l'acceptation d'être leur porte-parole auprès des adultes. Toutefois en vous élisant, ils n'ont abandonné eux-mêmes aucun de leurs droits ou de leurs obligations. Electeur ou élu, tout au long du parcours scolaire ou de sa vie de citoyen, élire ou être candidat sont les 2 facettes d'une même chose : la démocratie représentative. Au Lycée, lieu privilégié d'apprentissage et d'exercice de la citoyenneté, elle permet, par l'intermédiaire de ceux que l'on délègue, de donner son avis, peser sur les décisions, exprimer un désaccord, participer pleinement à la vie lycéenne.

Qu'est-ce qu'on apprend au lycée ?

- a) On apprend quels sont nos devoirs en tant que citoyens.
- b) On apprend quels sont nos droits en tant que citoyens.
- c) On acquiert des connaissances et on apprend nos droits et nos devoirs en tant que citoyens.
- d) On n'acquiert que des connaissances.

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Citoyenneté lycéenne et citoyenneté de la République :

Le Lycée est un lieu à la fois de formation et d'acquisition de connaissances et d'apprentissage des droits et devoirs de chaque membre de notre société républicaine.

Les Lycéens doivent donc pouvoir y exercer leurs droits et y respecter leurs obligations dans le cadre des principes fondamentaux de l'école de la République et se préparer à leurs responsabilités de citoyens de la République. Faite de droits et de devoirs en matière de vie sociale et personnelle, de santé et d'environnement, la citoyenneté est fondée sur la morale de la responsabilité. Celle-ci s'exerce au lycée dans le cadre de droits (expression collective par l'intermédiaire des délégués, réunion, association, publication) et d'obligations (acquisition de connaissances, rédaction de devoirs, respect des règles comme l'assiduité et la ponctualité, respect des autres, du bien public et de l'environnement). Les délégués de classe ont un rôle à jouer dans la mise en œuvre de ces droits et le respect de ces obligations.

Délégué des élèves :

Le seul fait d'être élu délégué traduit la confiance qu'une majorité de la classe porte à ses 2 élus. Vos camarades ont donc décelé en vous une capacité de les représenter et de parler en leur nom lors de réunions où ils seront absents. Etre élu consiste donc en un engagement vis-à-vis de ses électeurs et à l'acceptation d'être leur porte-parole auprès des adultes. Toutefois en vous élisant, ils n'ont abandonné eux-mêmes aucun de leurs droits ou de leurs obligations. Electeur ou élu, tout au long du parcours scolaire ou de sa vie de citoyen, élire ou être candidat sont les 2 facettes d'une même chose : la démocratie représentative. Au Lycée, lieu privilégié d'apprentissage et d'exercice de la citoyenneté, elle permet, par l'intermédiaire de ceux que l'on délègue, de donner son avis, peser sur les décisions, exprimer un désaccord, participer pleinement à la vie lycéenne.

Jean-Marc Sommer (conseiller de vie quotidienne au Lycée Leclerc de Saverne)

Devenir citoyen de la République signifie :

- a) être en bonne santé.
- b) exercer ses propres droits et respecter certaines obligations.
- c) devoir uniquement respecter ses devoirs.
- d) avoir uniquement des droits.

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Citoyenneté lycéenne et citoyenneté de la République :

Le Lycée est un lieu à la fois de formation et d'acquisition de connaissances et d'apprentissage des droits et devoirs de chaque membre de notre société républicaine.

Les Lycéens doivent donc pouvoir y exercer leurs droits et y respecter leurs obligations dans le cadre des principes fondamentaux de l'école de la République et se préparer à leurs responsabilités de citoyens de la République. Faite de droits et de devoirs en matière de vie sociale et personnelle, de santé et d'environnement, la citoyenneté est fondée sur la morale de la responsabilité. Celle-ci s'exerce au lycée dans le cadre de droits

(expression collective par l'intermédiaire des délégués, réunion, association, publication) et d'obligations (acquisition de connaissances, rédaction de devoirs, respect des règles comme l'assiduité et la ponctualité, respect des autres, du bien public et de l'environnement). Les délégués de classe ont un rôle à jouer dans la mise en œuvre de ces droits et le respect de ces obligations.

Délégué des élèves :

Le seul fait d'être élu délégué traduit la confiance qu'une majorité de la classe porte à ses 2 élus. Vos camarades ont donc décelé en vous une capacité de les représenter et de parler en leur nom lors de réunions où ils seront absents. Etre élu consiste donc en un engagement vis-à-vis de ses électeurs et à l'acceptation d'être leur porte-parole auprès des adultes. Toutefois en vous élisant, ils n'ont abandonné eux-mêmes aucun de leurs droits ou de leurs obligations. Electeur ou élu, tout au long du parcours scolaire ou de sa vie de citoyen, élire ou être candidat sont les 2 facettes d'une même chose : la démocratie représentative. Au Lycée, lieu privilégié d'apprentissage et d'exercice de la citoyenneté, elle permet, par l'intermédiaire de ceux que l'on délègue, de donner son avis, peser sur les décisions, exprimer un désaccord, participer pleinement à la vie lycéenne. Jean-Marc Sommer (conseiller de vie quotidienne au Lycée Leclerc de Saverne)

Quelles sont les obligations des lycéens ?

- a) Ils doivent faire leurs devoirs.
- b) Ils doivent respecter les horaires d'entrée et de sortie des cours.
- c) Ils doivent être assidus dans leur scolarité.
- d) Ils doivent acquérir des connaissances, respecter des règles, respecter les autres, le bien public et l'environnement.

Quesito 8 Domanda D - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Citoyenneté lycéenne et citoyenneté de la République :

Le Lycée est un lieu à la fois de formation et d'acquisition de connaissances et d'apprentissage des droits et devoirs de chaque membre de notre société républicaine.

Les Lycéens doivent donc pouvoir y exercer leurs droits et y respecter leurs obligations dans le cadre des principes fondamentaux de l'école de la République et se préparer à leurs responsabilités de citoyens de la République. Faite de droits et de devoirs en matière de vie sociale et personnelle, de santé et d'environnement, la citoyenneté est fondée sur la morale de la responsabilité. Celle-ci s'exerce au lycée dans le cadre de droits (expression collective par l'intermédiaire des délégués, réunion, association, publication) et d'obligations (acquisition de connaissances, rédaction de devoirs, respect des règles comme l'assiduité et la ponctualité, respect des autres, du bien public et de l'environnement). Les délégués de classe ont un rôle à jouer dans la mise en œuvre de ces droits et le respect de ces obligations.

Délégué des élèves :

Le seul fait d'être élu délégué traduit la confiance qu'une majorité de la classe porte à ses 2 élus. Vos camarades ont donc décelé en vous une capacité de les représenter et de parler en leur nom lors de réunions où ils seront absents. Etre élu consiste donc en un engagement vis-à-vis de ses électeurs et à l'acceptation d'être leur porte-parole auprès des adultes. Toutefois en vous élisant, ils n'ont abandonné eux-mêmes aucun de leurs droits ou de leurs obligations. Electeur ou élu, tout au long du parcours scolaire ou de sa vie de citoyen, élire ou être candidat sont les 2 facettes d'une même chose : la démocratie représentative. Au Lycée, lieu privilégié d'apprentissage et d'exercice de la citoyenneté, elle permet, par l'intermédiaire de ceux que l'on délègue, de donner son avis, peser sur les décisions, exprimer un désaccord, participer pleinement à la vie lycéenne. Jean-Marc Sommer (conseiller de vie quotidienne au Lycée Leclerc de Saverne)

Qui est le délégué des élèves ?

- a) C'est quelqu'un qui a usurpé la voix des autres.
- b) C'est un jeune qui n'a envie de rien faire.
- c) C'est un porte-parole auprès des adultes.

- d) C'est quelqu'un qui se plaint tout le temps.

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Citoyenneté lycéenne et citoyenneté de la République :

Le Lycée est un lieu à la fois de formation et d'acquisition de connaissances et d'apprentissage des droits et devoirs de chaque membre de notre société républicaine.

Les Lycéens doivent donc pouvoir y exercer leurs droits et y respecter leurs obligations dans le cadre des principes fondamentaux de l'école de la République et se préparer à leurs responsabilités de citoyens de la République. Faite de droits et de devoirs en matière de vie sociale et personnelle, de santé et d'environnement, la citoyenneté est fondée sur la morale de la responsabilité. Celle-ci s'exerce au lycée dans le cadre de droits (expression collective par l'intermédiaire des délégués, réunion, association, publication) et d'obligations (acquisition de connaissances, rédaction de devoirs, respect des règles comme l'assiduité et la ponctualité, respect des autres, du bien public et de l'environnement). Les délégués de classe ont un rôle à jouer dans la mise en œuvre de ces droits et le respect de ces obligations.

Délégué des élèves :

Le seul fait d'être élu délégué traduit la confiance qu'une majorité de la classe porte à ses 2 élus. Vos camarades ont donc décelé en vous une capacité de les représenter et de parler en leur nom lors de réunions où ils seront absents. Etre élu consiste donc en un engagement vis-à-vis de ses électeurs et à l'acceptation d'être leur porte-parole auprès des adultes. Toutefois en vous élisant, ils n'ont abandonné eux-mêmes aucun de leurs droits ou de leurs obligations. Electeur ou élu, tout au long du parcours scolaire ou de sa vie de citoyen, élire ou être candidat sont les 2 facettes d'une même chose : la démocratie représentative. Au Lycée, lieu privilégié d'apprentissage et d'exercice de la citoyenneté, elle permet, par l'intermédiaire de ceux que l'on délègue, de donner son avis, peser sur les décisions, exprimer un désaccord, participer pleinement à la vie lycéenne.

Jean-Marc Sommer (conseiller de vie quotidienne au Lycée Leclerc de Saverne)

Élire un délégué veut dire :

- a) Ne pas s'impliquer personnellement dans les décisions importantes de la vie scolaire.
- b) Voter pour quelqu'un qui n'a peur de personne.
- c) Exprimer ses pensées par l'intermédiaire d'une personne en laquelle on a confiance.
- d) Déléguer quelqu'un pour faire ce qu'on n'a pas envie de faire.